Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6367**
16. Wahlperiode 14. 09. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 114. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. September 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bestätigt die Bundesregierung, dass im Jahr 1977 in Zellen im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim im 7. Stock Abhöranlagen mit Kenntnis oder Unterstützung von Bundesbehörden (Generalbundesanwalt, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst oder der Gruppe Fernmeldewesen; des Bundesgrenzschutzes) installiert und noch bis mindestens 18. Oktober 1977 in Betrieb waren (vgl. DER SPIEGEL vom 9. September 2007), und wie bewertet die Bundesregierung bejahendenfalls die Erkenntnisse aus diesem Abhören?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sehen die Pläne der Bundesregierung bzw. des Bundesministeriums der Finanzen konkret aus, die umweltfreundliche Energieversorgung von in Häfen liegenden Schiffen von der Steuer zu befreien und in diesem Zusammenhang bei der Europäischen Union eine Ausnahme von der Energiebesteuerung zu beantragen und die „nationale Gesetzgebung anzupassen“ (vgl. Lübecker Nachrichten vom 29. August 2007)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

3. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Vorstöße unternimmt der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Ermöglichung der Fahrradmitnahme im ICE-Fernverkehr der bundeseigenen Deutsche Bahn AG, nachdem dem vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgeschlagenen Pilotversuch zur Fahrradmitnahme im ICE seitens der Deutsche Bahn AG eine Absage erteilt wurde, und wann rechnet der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit einem Regelangebot zur Fahrradmitnahme im ICE?

4. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welcher Argumentation hat die Deutsche Bahn AG einen Pilotversuch abgelehnt, und inwieweit konnte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung diese Argumentation nachvollziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

5. Abgeordneter **Hans-Kurt Hill** (DIE LINKE.)

Wann wird die Bundesregierung bei importiertem Soja- und Palmöl mit Blick auf die katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen aufgrund des industriellen Plantagenanbaus in den Erzeugerländern dem Deutschen Bundestag eine wirksame Nachhaltigkeitszertifizierung für Import-Biokraftstoffe vorlegen, und in welcher Weise wird die Bundesregierung Importbeschränkungen bzw. einen Förderausschluss bei der EEG-Verstromung solcher Produkte durchsetzen?

6. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann entscheidet die Bundesregierung über die Federführung eines Bundesministeriums bei der Problematik „Lärmbelästigung durch Speedboote in der Lübecker Bucht“, um die Unklarheiten in der Kompetenzverteilung zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu beenden und die Problematik inhaltlich in Abstimmung mit allen Beteiligten zu lösen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

7. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Was waren aus Sicht der Bundesregierung die zentralen Ergebnisse des 5. Fachkongresses des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in Düsseldorf?

8. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Liegen der Bundesregierung Zahlen über die nach Maßgabe der personellen und sächlichen Ausstattung ausfinanzierten Studienplätze in Deutschland vor, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter **Alexander Bonde** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kosten sind durch die neue Büroeinrichtung des Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatsekretär Ulrich Wilhelm, und des Stellvertretenden Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Michael Sternecker, jeweils entstanden, und warum wurde die vom ehemaligen Regierungssprecher Béla Anda in der letzten Legislaturperiode beschaffte hochwertige Einrichtung ersetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

10. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung nach der Einigung in der Postbranche zwischen dem Arbeitgeberverband Postdienste e. V. (AGV) und der Gewerkschaft ver.di über einen Mindestlohn und deren Beschluss, die Allgemeinverbindlichkeit beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu beantragen, die von der Regierungskoalition ausgehandelten Voraussetzungen erfüllt, so dass wie beabsichtigt zum 1. Januar 2008 durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes eine branchenweite Geltung erreicht werden kann?

11. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn nein, welche Voraussetzungen sieht die Bundesregierung konkret nicht erfüllt, und wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund die Chancen, dass zeitgleich mit dem Fall des Briefmonopols ein Mindestlohn in der Postbranche eingeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

12. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Lobbyisten bzw. Vertreter von Interessenvereinigungen haben an der Entwicklung des Gesetzentwurfs zum Waffenrechtsänderungsgesetz 2007 mitgearbeitet, und waren Lobbyisten bzw. Vertreter von Interessenvereinigungen direkt im Bundesministerium des Innern mit der Gesetzesnovellierung befasst?

13. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Flossen in der Zeit von 2003 bis 2007 Sponsoringmittel an Bundesbehörden von Lobbyisten bzw. Vertretern von Interessenvereinigungen, die von einer Entschärfung des geplanten Waffenrechtsänderungsgesetzes profitieren könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

14. Abgeordneter **Dr. Hakki Keskin** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem erneuten Gammelfleischskandal für die Lebensmittelsicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere hinsichtlich der strafrechtlichen Sanktionierung von Gammelfleischproduktion und -lagerung?

15. Abgeordneter **Dr. Hakki Keskin** (DIE LINKE.)

Unternimmt die Bundesregierung Aktivitäten, um den von manchen Medien und einigen Politikern erweckten Eindruck, es handle sich vorrangig um ein spezifisches Problem der Dönerbranche, entgegenzutreten, und wenn ja, welche?

16. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wurde gemäß der Anordnung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vom 27. April 2007 ein Monitoringplan für MON 810 durch die Firma Monsanto eingereicht, und entspricht er den fachlichen Vorgaben des BVL?

17. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung zu der Frage, ob die Einschätzung der Risiken, die der Anordnung der Monitoringpflichten für Monsanto zugrunde liegen, auch in den gentechnisch veränderten Mais-Freisetzungsversuchen der Firma Pioneer (Az. 6786-01-0179, 0180, 0181) zur nachträglichen Auflage der Beobachtung dieser nunmehr bekannten Risiken für Nichtzielorganismen und Bodenorganismen führen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

18. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

In welchen Bundesländern sind privatgewerbliche Anbieter unter welchen Voraussetzungen als Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen zugelassen und können damit an dem ESF-Programm zur betrieblich unterstützten Kinderbetreuung grundsätzlich partizipieren?

19. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

Welche Unterstützung erhalten private und privatgewerbliche Initiativen zur Kindertagesbetreuung – auch mit Blick auf Beratungsangebote – durch die Bundesregierung, und inwieweit sind Verbesserungen mit Blick auf eine Trägervielfalt und die Schaffung von mehr Wettbewerb bei der Kinderbetreuung durch die Bundesregierung geplant?

20. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und in welcher Höhe wird die Bundesregierung Mügelns Landkreis Torgau-Oschatz Fördermittel aus dem Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zuweisen, wie es die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, in den Medien angekündigt hat (vgl. z. B. Artikel „Aktionsplan für Mügeln“, vom 23. August 2007, www.faz.net)?

21. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass entgegen ihrer Antwort vom 7. September 2007 auf die schriftliche Frage Arbeitsnummer 8/184 auf Bundestagsdrucksache 16/6368 des Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, wonach ihr keine Zivildiensteinberufungen anerkannter Kriegsdienstverweigerer vor Unanfechtbarkeit ihrer Musterungsbescheide bekannt seien, das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ) tags zuvor am 6. September 2007 den Wehrpflichtigen G. L. zum Zivildienst einberief, obwohl das BAZ zuvor dessen Kriegsdienstverweigerungsantrag vom 13. Juli 2007 entgegen § 2 Abs. 6 Satz 2 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes vor Unanfechtbarkeit seines Musterungsbescheids befasst hatte und eine gegen diesen gerichtete Klage vom 24. November 2006 bis heute unbeschieden beim Verwaltungsgericht Schleswig unter dem Aktenzeichen 7 A 181/06 anhängig ist, und wie wird die Bundesregierung das Bundesamt für den Zivildienst nun konkret anweisen, dem öffentlich-rechtlichen Fol-

genbeseitigungsanspruch dieses zweimal rechtswidrig behandelten Kriegsdienstverweigerers praktisch zu entsprechen, etwa indem trotz § 35 des Wehrpflichtgesetzes, § 74 Abs. 2 des Zivildienstgesetzes die unrechtmäßig ergangene Einberufung widerrufen – statt nur ausgesetzt – wird und bis zur Unanfechtbarkeit des Musterungsbescheids bzw. bis Ende des Rechtswegs auch keine neue Einberufung ergeht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

22. Abgeordneter **Frank Spieth** (DIE LINKE.)

Weshalb hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 8. Januar 2007 (Bundestagsdrucksache 16/4006) und in ihrem Schreiben an die Hepatitis-C-Betroffenenverbände vom 28. August 2007 über die Anzahl der anerkannten Fälle nach dem Anti-D-Hilfegesetz (1 256 in der kleinen Anfrage zu 2 474 in dem o. g. Schreiben) unterschiedlich hohe Zahlen genannt, die auch durch die Unvollständigkeit der Angaben nicht erklärbar sind, und welche entsprechen nicht der Realität?

23. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Wie viele Eltern, aufgeschlüsselt in Väter und Mütter, haben an wie vielen Tagen im Jahr 2006 Krankengeld für die Freistellung bei Erkrankung ihres Kindes erhalten?

24. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Welche Kosten sind den Krankenkassen im Jahr 2006 durch die Inanspruchnahme der Freistellung von Beschäftigten für die Betreuung ihres kranken Kindes entstanden, und wie verhalten sich diese zu den Kosten der Jahre 2003 bis 2005 (vgl. auch Artikel „Auszeit für die Pflege“ in der FAZ vom 31. August 2007)?

25. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Warum ist nach Inkrafttreten des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes (VÄndG) am 1. Januar 2007 der tierärztliche Berufsstand der einzige akademische Heilberuf, für den – entsprechend der Regelung nach § 12 Abs. 2 Satz 2 der Bundes-Tierärzteordnung (BTÄO) – in den neuen und alten Bundesländern noch unterschiedliche Gebühren gelten?

26. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Ungleichheit – die auf die Berücksichtigung des Verhältnisses der für das genannte Gebiet bestimmten Bezugsgröße der Sozialversicherung zu der Bezugsgröße für das Gebiet, in dem das Grundgesetz schon vor dem Beitritt gegolten hat, zurückzuführen ist – sieht die Bundesregierung vor, und wenn nicht, warum nicht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die den Bericht des Nachrichtenmagazins „DER SPIEGEL“ Nr. 33 vom 13. August 2007 über die Zustände im US-Gefangenenlager Guantanamo, insbesondere über systematische Folterungen wie zum Beispiel,

– dass Gefangene in Ketten gehalten werden, „… die Gelenke liegen in Handschellen. Eine Kette schnürt sich um seinen Bauch und fixiert seine Hände vor seinem Nabel, in einer Haltung der Demut.“;

– dass eine „Extreme Reaction Force“ in Guantanamo tätig ist, „sie tragen Schutzkleidung, der Erste hat einen Plastikschild, und da ist ein Sechster mit einer Kamera, der alles filmt. Sie sprühen dir Pfefferspray ins Gesicht, verdrehen deine Arme und Beine und legen dir Hand- und Fußschellen an. Sie rasieren deine Haare ab, deinen Bart, deine Augenbrauen. Sie springen auf deinen Rücken. Sie nehmen deinen Kopf und schlagen ihn auf den Boden. Sie drücken dir ihre Finger in die Augen.“

bestätigen?

28. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung bereit, die Einrichtung und die Zustände im US-Gefangenenlager Guantanamo auf die Tagesordnung der UNO-Menschenrechtskommission in Genf zu setzen?

29. Abgeordnete **Monika Knoche** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung einer Bombardierung des iranischen Atomprogramms durch die USA „privat zustimmen aber öffentlich protestieren“ würde, wie der US-amerikanische Nachrichtensender „FOXNews“ am 12. September 2007 berichtete und die österreichische Tageszeitung „DER STANDARD“ zitierte?

30. Abgeordnete **Monika Knoche** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die US-Regierung einen Militärschlag gegen den Iran erwägt, nachdem Deutschland seine Unterstützung für härtere Sanktionen gegen Teheran zurückgezogen hat, um die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Iran nicht zu gefährden?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333